

Die PKK-Gefahr In Deutschland

ZELİHA ELİAÇIK

- **Welche Ziele verfolgt die PKK, wenn sie in Deutschland lebende Türken ins Visier nimmt?**
 - **Inwieweit ist die PKK eine Bedrohung für Deutschland?**
 - **Welche Politik verfolgt Deutschland gegenüber der PKK?**

EINLEITUNG

Die Angriffe der PKK auf türkischstämmige und türkische Missionen im Ausland haben nach dem Start der Operation "Olivenzweig" im syrischen Afrin durch die Türkei im Januar 2018 erheblich zugenommen. Laut einer aktuellen Umfrage des türkischen Think Tanks SETA mit Sitz in Ankara führte die PKK seit Ende Januar 2018 42 Angriffe gegen Türken und türkische Missionen in Europa durch. Das entspricht einer Steigerung von 589 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr. Außerdem hat die PKK in den letzten Jahrzehnten zehntausende von Menschen in der Türkei getötet. Die jüngsten Anschläge erhöhen das Ausmaß der terroristischen Bedrohung sowohl für die Türkei als auch für Europa.¹

Da die PKK mit den jüngsten Gewalttaten und Terroranschlägen wieder auf die aktuelle Tagesord-

nung getreten ist, sucht dieser Artikel Antworten auf Fragen zur Präsenz der PKK in Deutschland und zur Absicht dieser gewalttätigen Aktionen. Zudem wird der Frage nachgegangen, ob diese Anschläge ein Bedrohungsrisiko für Deutschland darstellen und was die deutsche Politik gegenüber der PKK kennzeichnet und wie diese Politik begründet wird.

DIE GESCHICHTE DER PKK-PRÄSENZ IN DEUTSCHLAND

Deutschland beherbergt über eine Million kurdische Einwanderer. Die PKK, die sich seit den 1980er Jahren durch die Einschleusung von Kämpfern und Mitgliedern in Europa organisiert, wählte Deutschland als Standort einer ihrer wichtigsten Betätigungsschwerpunkte aus.² Als die PKK 1984 mit bewaffneten Terroranschlägen in der Türkei begann, eskalierten Scharmützel zwischen dem türkischen Staat und der Gruppe. Als Folge des Militärputsches von 1980 in der Türkei sind viele PKK-Mit-

¹ Muriel Reichl, "Kurden in Deutschland: Im Schatten der Türkei", Zeit Online, 7. April 2017, <http://www.zeit.de/gesellschaft/2017-04/kurden-deutschland-fluechtlinge-kultur-tuerken>

² Muriel Reichl, "Kurden in Deutschland: Im Schatten der Türkei"

Zeliha ELİAÇIK

Nachdem sie die Grundschule und das Gymnasium in der Türkei besuchte, studierte sie an der Ruhr Universität Bochum Orientalistik und Politikwissenschaft. Ihr Masterstudium absolvierte sie an derselben Universität mit der empirisch durchgeführten Masterarbeit "Der soziale und rechtliche Status jemenitischer Juden nach der Gründung des Staates Israel". Mittels eines Stipendiums des Deutschen Akademischen Austauschdienstes - DAAD hielt sie sich für fünf Jahre in Syrien, im Jemen und in Jordanien auf. Dort führte sie ihre akademischen Studien und Feldarbeiten durch. Zuletzt war sie als Dozentin und als Kulturbeauftragte an der Deutsch-Jordanischen Universität tätig. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Europaforschung an der Stiftung für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Forschung (SETA) führt Eliaçık hauptsächlich Forschungen zu den Themen Orientalistik, Minderheiten in muslimischen und europäischen Gesellschaften, Alevitentum, Säkularismus und Religion in modernen Gesellschaften, Extremismus sowie deutsche Islampolitik.

glieder mit Leichtigkeit nach Deutschland geflohen. Die unbedachte Harmonisierungspolitik des deutschen Staates veranlasste die PKK, kurdische Einwanderer, die Probleme hatten sich an die Gesellschaft anzupassen, mittels Propaganda zu indoktrinieren und ihre Unterstützung mit Gewalt oder Drohungen zu suchen. Die PKK wurde in Deutschland aufgrund von Gewalttaten und Terroranschlägen ihrer Kämpfer verboten.³ Die Besetzung des türkischen Konsulats in München, die 1993 viele Verletzte hinterlassen hat, und die Sperrung von Autobahnen zwischen Karlsruhe und Stuttgart [1994] gehören zu den terroristischen Aktivitäten der Gruppe. Die PKK organisiert sich in Deutschland in zweierlei Hinsicht: geheim und offen. Nach Angaben aus dem Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz von 2016 verfügt die PKK über einen Untergrundkader, der Befehle aus dem Kandil (der PKK-Zentrale in den Kandil-Bergen im Nordirak) entgegennimmt und über das Verhalten sowie die Führung von legalen und zivilen Personen in diesem Land bestimmt. Die PKK hat Deutschland in Regionen wie Nord, Mitte, Süd-1 und Süd-2 unterteilt und in 31 Teilregionen aufgesplittert. Die Gruppe hat diese vier Hauptregionen inzwischen aufgelöst und Deutschland in neun neue Segmente aufgeteilt, die jeweils von einem von Kandil ernannten Spitzenvertreter verwaltet werden.⁴

Wie in der sogenannten PKK-Verfassung (KCK-Charta) festgelegt, basiert die PKK auf einer zivilgesellschaftlichen Struktur und der Vereinsbildung, die alle Berufs- und Altersgruppen anspricht. Obwohl die PKK in Deutschland seit 1993 verboten ist, setzt die Organisation ihre Aktivitäten dank der etablierten zivilgesellschaftlichen Struktur komfortabel fort. Die PKK ist nach den Angaben des oben genannten Berichts die größte terroristische Organisation in Deutschland mit der höchsten Mobilisierungskapazität – 14.000 Mitglieder und über 40.000 Anhänger.

Nach einer Serie von etwa 60 Gewalttaten und Verbrechen wie Entführung, Brandstiftung, Häuserbesetzung und so weiter, die die PKK 1993 gegen tür-

kische Missionen, Tourismusagenturen und Banken beging, hat Deutschland die Organisation in die Liste der verbotenen Terrorgruppen aufgenommen. Nachdem die Gruppe 1996 versprochen hatte, keine Gewalttaten in Deutschland mehr zu begehen, bezeichnete die Bundesstaatsanwaltschaft die PKK 1998 nur noch als "kriminelle Organisation".

Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) aus dem Jahr 2010 wurden PKK-Mitglieder vor Gericht gestellt. Die so genannten „Antiterrorparagrafen „ 129, 129a, 129b StGB besagen, dass PKK-Terroristen als "Mitglieder einer terroristischen Auslandsorganisation" angesehen werden. Derzeit wird die PKK in Deutschland allerdings sowohl als ein kriminelles Netzwerk als auch als eine terroristische Organisation bewertet.⁵

DIE PKK UND DIE GEWALT ALS MITTEL ZUR BEDROHUNG

Ein genauerer Blick in die schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen der deutschen Behörden zur PKK legt die These nahe, dass die Gruppe Deutschland als Rückzugszentrum für logistische Unterstützung und Finanzierung ihrer bewaffneten Kämpfe in der Türkei, im Irak und in Syrien nutzt und dass die PKK in Deutschland im Rahmen von Frontaktivitäten tätig ist. Allerdings benutzt die PKK Deutschland nicht nur als Rückzugszentrum, sie begeht in Deutschland auch eine Vielzahl von Terror- und Gewalttaten.

Die Gruppe beteiligt sich an verschiedenen kriminellen und terroristischen Aktivitäten wie Selbstmordattentaten, Entführungen von Kindern und Jugendlichen, um neue Mitglieder zu gewinnen, Angriffe auf türkische Missionen und Bürger sowie Verletzungen kurdischer Einwanderer in Deutschland kommen dazu. Tatsächlich wurde die PKK 1993 in Deutschland wegen einer Reihe von Angriffen auf ausländische Missionen, insbesondere türkische, und wegen ihrer unkontrollierbaren Gewalt- und Terrorakte verboten.

Besonders einprägsam ist die Erinnerung der Besetzung des türkischen Konsulats in München durch die PKK - in den Medien als "Nacht des Schreckens

³ Wilhelm Dietl, "Der importierte Krieg", *FOCUS Magazin*, 22. Februar 1999

⁴ Der Verfassungsschutzbericht 2016, S. 227

⁵ Christian Rath, "PKKler als Terroristen festgenommen", *Taz*, 29. Juli 2011

in München" bekannt. Damals wurden 20 Menschen verletzt.⁶ Die Gruppe setzte ihre gewalttätigen Aktionen fort, obwohl ihre Aktivitäten unmittelbar nach diesen Terroranschlägen verboten wurden. Der Angriff der PKK auf das israelische Konsulat in Berlin im Jahr 1999 führte zum Tod von drei Personen. Ebenso wurde dutzende von Konsulatsmitarbeitern und Polizisten verletzt.⁷

Dieser Angriff hat deutlich gezeigt, dass die PKK die Grenzen der Gewalt überschreitet. Es ist bekannt, dass die Gewalt der PKK gegen kurdische Gruppen sowie gegen türkische und ausländische Missionen gerichtet ist. Die leitende Führung der Organisation hat Personen und ganze Körperschaften hingerichtet, die sich gegen die PKK stellten. PKK-Gegner wurden in vielen europäischen Ländern einschließlich Deutschland getötet.

Beispielsweise ermordete die Gruppe 1984 ein ehemaliges PKK-Mitglied mitten auf der Straße in Rüsselsheim. Außerdem wurde 1987 ein *KOMKAR*-Mitglied, der kurdische Lehrer Ramazan Adiguzel, auf einer Straße in Hannover erschossen. Diese Vorfälle waren Beispiele dafür, dass die PKK andersdenkende kurdische Gruppen unterdrückt.⁸

Nach den Aussagen des ehemaligen PKK-Funktionärs Hidir Sarikaya wurde Filiz Yerlikaya, eine Terroristin der sogenannten Freien Frauen-Einheiten (*YJA-Star*), die den Decknamen Gulan trug, 2002 von der Gruppe ermordet – als Warnung, dass Mitglieder nicht unabhängig von der PKK handeln können.

Während des 5. Kongresses der PKK 1995 beschloss die Terrororganisation, häufiger Selbstmordattentate zu verüben; so wurden zwischen 1995 und 1999 25 Selbstmordattentate verübt. Die PKK gehört zu den terroristischen Gruppen, die für die meisten zivilen Todesfälle verantwortlich sind. Nach der Verhaftung des PKK-Führers Abdullah Öcalan im Jahr 1999 und der Behauptung, Deutschland hätte bei sei-

ner Verhaftung eine Rolle gespielt, verbrannte sich im deutschen Hechingen ein 17-jähriges PKK-Mitglied namens Fatma mit den Worten "Es lebe Öcalan".⁹

Sogenannte zivilgesellschaftliche Organisationen, die die PKK unterstützen, stellen den kurdischen Jugendlichen in Deutschland Selbstmordattentäter als Vorbilder vor und organisieren im Namen dieser Festivals.

Deutsche Geheimdienstberichte zeigen, dass die PKK angreift, um kurdische Geschäftsleute und Handwerker zu verletzen, wenn sie sich weigern, der PKK Schutzgeld zu bezahlen. Deutschland fehlt ein Mechanismus zum Schutz der kurdischen Einwanderer, die die Organisation nicht unterstützen. Tatsächlich wurden ähnliche Aggressionen in den 1990er Jahren vor Gericht gebracht, als die PKK noch nicht so stark war wie heute. Kurdische Einwanderer fühlen sich den zunehmenden Drohungen und Einschüchterungen der PKK hilflos ausgeliefert, so dass sie es nicht mehr wagen können, sich an die Gerichte in Deutschland zu wenden.

Die PKK und die so genannten zivilgesellschaftlichen Organisationen, die diese terroristische Organisation unterstützen - im Gegensatz zu anderen kurdischen Gruppen in Deutschland - haben die eigentlichen Probleme der kurdischen Einwanderer nie auf die Tagesordnung gesetzt. Stattdessen bringen sie ihre Aktivitäten ausschließlich zur vollen Unterstützung des bewaffneten Kampfes der PKK ein. Das hat die PKK letztlich dazu veranlasst, Entwicklungen und Zusammenstöße aus dem Nahen Osten nach Europa zu tragen. Eine Bewertung der Gewalt- und Terrorakte der PKK von damals bis heute außerhalb der Türkei zeigt, dass sich Anschläge parallel zu den Terroraktivitäten der Gruppe in der Türkei und in Syrien ergeben. Interessant ist auch, dass die PKK die Angriffe verstärkt, wenn der türkische Staat erfolgreich gegen die PKK operiert. Offensichtlich setzt die terroristische Organisation Gewalt und Terror als Drohmittel ein, damit Europa Druck auf die Türkei ausübt.

Vor allem nach Kontakten mit deutschen Beamten im Jahr 1995 und Treffen zwischen dem ehema-

⁹ Wilhelm Dietl, "Der importierte Krieg", *Focus Magazin*, 22. Februar 1999

⁶ "Müniht'e Deşet Saatleri", *Hürriyet*, 25. Juni 1993

⁷ "Erinnerung an den Kurdensturm auf Israels Konsulat", *Morgenpost*, 21. August 2002

⁸ "Wagabunden und Vampiere- Eine kurdische Gruppe in der Bundesrepublik attackiert ihre Landsleute", *Der Spiegel*, 25. Mai 1987

ligen Berliner CDU-Senator Heinrich Lummer und Öcalan in Damaskus kündigte die PKK 1996 an, den Gewaltaktionen in Deutschland ein Ende zu setzen. Dies zeigt deutlich, wie Gewalt von der Gruppe als Verhandlungsmittel instrumentalisiert wird.¹⁰

Lummer betonte, dass "der einzige Zweck der deutschen Regierung darin bestehen sollte, Gewalt durch die Organisation innerhalb Deutschlands zu verhindern". Er stellte noch einmal klar, dass die Priorität Deutschlands gegenüber der PKK ausschließlich in der Wahrung der "inneren Sicherheit" liegen würde.

Nur wenige Jahre nach den Gesprächen zwischen der PKK und den deutschen Behörden hat die Bundesanwaltschaft die PKK 1998 aus der Kategorie der terroristischen Organisationen herausgenommen und sie schlicht als "kriminelle Organisation" bezeichnet. Die Rechtfertigung war, dass die PKK seit langem keine Terrorakte mehr begangen hätte.

Doch der Schein trügt. Denn als Reaktion auf die Festnahme des PKK-Führers Öcalan im Jahr 1999, die eine neue Welle des Terrors auslöste, besetzte die PKK das israelische Konsulat. Die Angreifer wurden getötet und zahlreiche Zivilisten wurden verletzt. Entgegen deutscher Einschätzungen hat die PKK wieder einmal bewiesen, dass sie eine Terrororganisation ist, die rücksichtslos blutige Angriffe begeht.

Unter dem Eindruck der jüngsten Entwicklungen in Syrien haben die PKK-Mitglieder mit gewalttätigen Aktionen die Lage eskaliert, um Deutschland zu bestimmten Reaktionen zu bewegen. In schwierigen Situation nutzt die Gruppe die Bundesrepublik Deutschland als Instrument aus, um gegen die Türkei vorzugehen und die türkische Politik unter Druck zu setzen. Bisher hat Deutschland der PKK die Botschaft vermittelt, dass Gewalt funktioniert. Als jüngstes Beispiel dafür hat Deutschland, beeinflusst durch die von der PKK in Gang gesetzten gesellschaftlichen und politischen Kreise, die Pläne zur Modernisierung der an die Türkei verkauften Leopard-Panzer trotz ei-

nes früheren Abkommens zwischen den beiden Staaten aufgeschoben.¹¹

Tatsächlich nahm die PKK ab Januar 2018 wieder Gewalt und Terror in Europa auf, als die Türkei den Start der Operation "Olivenzweig" ankündigte, um ihre Grenzen zu schützen und die PKK aus dem Norden Syriens zu vertreiben sowie das Gebiet an ihre rechtmäßigen Besitzer zurückzugeben. Zu den Besitzern gehören PKK kritische Kurden und Araber, die von der PKK gezwungen wurden, die Region zu verlassen. Bemerkenswert ist die folgende Erklärung, die am 3. März 2018 von einer PKK-Mitgliedsorganisation namens "Apoistische Jugend-Initiative" und linksradikalen Organisationen ins Internet gestellt wurde. Die Stellungnahme droht mit blutigen Gewalttaten, die an die 1990er Jahre erinnern:¹²

„Türkische Konsulate, AK-Partei nahe Vereinigungen (UETD), türkische Faschisten, Cafés und Geschäfte, die diesen Einrichtungen gehören, staatliche Institutionen (SPD, CDU, Sicherheitszentren, Gerichte), jeder, der den Kampf gegen unser Volk unterstützt, wird den Preis zahlen. Wenn Sie nicht auf uns hören, werden wir die europäischen Straßen in Brand stecken und zu Asche verbrennen. Europa wird das verstehen: Wir werden Afrin nie fallen lassen.“

Die PKK setzt die oben genannten Drohungen um und mobilisiert Kämpfer durch ihre zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland. Die PKK-Jugendfilialen führen gemeinsam mit den Frauenkorps spontane Kundgebungen durch und rufen ihre Mitglieder zu Angriffen auf. *Komalen Jiwan* [kurdische separatistische Jugendorganisation] und die sogenannte Frauen Jugend-Organisation, die zu *Serbildan* [Rebellion] aufriefen, kündigten im Oktober 2017 an, dass Aktionen nicht "passiv, routinemäßig, marginal und ineffektiv" sein sollten und dass eine Periode von "massiven, beeindruckenden und markanten Aktionen sowie organisatorischen Aktivitäten" begonnen hat. Interessanterweise geben diese ange-

10 Enis Berberoğlu, "PKK ve Almanya arasında pazarlık", *Hürriyet*, 3. September 1997

11 "Bundesregierung rüstet türkische Panzer vorerst nicht auf", *Zeit Online*, 25. Januar 2018

12 "Kurden-rufenzugewaltsamen protestin Europa auf", *DW*, 13. März 2018



lichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die PKK unterstützen, in ihren Erklärungen an, dass sie jede Art von PKK inspirierte Aktionen für legitim halten.¹³ Moscheen, die der DITIB (Türkisch-Islamische Union für religiöse Angelegenheiten) angehören, werden von der PKK in jüngster Zeit verstärkt ins Visier genommen. Die verantwortlichen Täter für diese Angriffe sind allerdings immer noch auf freiem Fuß, was zum Nachdenken anregt.

DIE PKK-GEFAHR FÜR DEUTSCHLAND

Die Terrorgruppe begann ihre Aktivitäten in Deutschland in den 1980er Jahren und gewann in den 1990er Jahren an Stärke: Deutschland nahm diese Organisation von Anfang an als Teil der kurdisch-türkischen Spannungen wahr und interpretierte den PKK-Terror als eine externe Angelegenheit, die nur den Staat Türkei und die PKK betrifft. Wie bereits erwähnt, hat die PKK jedoch Gewalt und Terror ebenso auf die deutschen Straßen getragen, ihr Netzwerk rechtzeitig ausgebaut und sich zu einem der größten kriminellen Bewegungen in Europa entwickelt. Das wiederum drängte Berlin dazu, gegen die Gruppe vorzugehen.

¹³ <https://www.sosyalistforum3.net/showthread.php?t=3637>

Zu Beginn bewertete die deutsche Politik die PKK als eine Frage der inneren Sicherheit aufgrund von Gewalttaten dieser terroristischen Organisation. An dieser Stelle zeigt eine Untersuchung der Stellungen deutscher Behörden, dass die PKK bezogene Risiko- und Bedrohungswahrnehmung als Spannungen und Auseinandersetzungen zwischen in Deutschland lebenden türkischen und kurdischen Jugendlichen bewertet wird. Die PKK hat jedoch vielfach bewiesen, dass sie die Quelle von Terror sowie Gewalt ist und nicht Teil eines Konflikts zwischen den beiden ethnischen Gruppen.

Die PKK richtet sich bei Gewalttaten nicht nur an Menschen türkischer Herkunft, sondern auch an die deutsche Gesellschaft insgesamt. Tatsächlich erklärte die Gruppe Deutschland zum zweitgrößten Feind - nach der Türkei, weil es 1993 PKK-Aktivitäten verbot und sich nicht aktiv gegen die Festnahme Öcalans einsetzte. Außerdem wirft die Gruppe Deutschland vor, der Türkei zu erliegen - insbesondere, wenn die Bundesrepublik die PKK-Forderungen nicht akzeptiert. Daraufhin wird schließlich zur Gewalt zurückgegriffen.

Ähnlich wie bei der zweitgrößten Gewaltwelle nach den 1990er Jahren in Deutschland wird heute

erneut augenscheinlich: Die PKK wirft Deutschland vor, angesichts der türkischen Operation "Olivenzweig" zu schweigen. Die Reaktion der Terrororganisation spiegelt sich in neuen Angriffen auf offizielle und zivile deutsche Institutionen wieder. Auffällig ist, dass die PKK in ihren jüngsten Aufrufen zur Gewalt nicht nur die türkische UETD und die Repräsentanzen der AK-Partei, sondern auch deutsche Parteien, Gerichte, alle offiziellen Stellen und zivilen Einrichtungen ins Fadenkreuz nimmt, die die Forderungen der Gruppe ignorieren oder nicht unterstützen.

Da es in Deutschland keinen anderen vergleichbaren linken Dachverband gibt, tritt die PKK als stärkste Gruppe für die marxistisch-leninistische Ideologie in den Vordergrund und erhöht zusammen mit radikalen weiteren Gruppen die Bedrohung der inneren Sicherheit in Deutschland. Tatsächlich wurde dies auf dem jüngsten G-20-Gipfel deutlich, als die PKK und linksextreme Organisationen aggressiv randalierten und die deutschen Straßen in Hamburg zu Schlachtfeldern machten.

Die PKK ist für Deutschland zu einem ernststen Problem der inneren Sicherheit geworden. Sie setzt ihre Drohungen im Form von Aktionen im Handumdrehen um und schadet damit erheblich den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei. Berlins heimliche und offene Unterstützung für eine terroristische Organisation, die die territoriale Integrität der Türkei und das Leben ihrer Staatsbürger bedroht, fordert hohe Kosten im Rahmen der bilateralen Beziehungen und bildet eines der größten Spannungsfelder zwischen den beiden Ländern. Alle gesellschaftlichen Segmente - mit Ausnahme der PKK nahen Vertretungen selbst - sind von der Toleranz der deutschen Politik gegenüber der PKK verstört. Diese Haltung verrät das Vertrauen der türkischen Gesellschaft in Deutschland und beschmutzt das Image dieses Landes in der Türkei.

In der Begründung der Entscheidung zum Verbot der Gewalttaten der PKK heißt es nämlich auch, dass die Gruppe den Interessen Deutschlands im Ausland schadet. Wenn sich Deutschland im Einklang mit sei-

nen Interessen um enge Wirtschaftsbeziehungen zur Türkei bemüht, bringt die PKK die Berliner Regierung in eine schwierige Lage und belastet Deutschland in den bilateralen Beziehungen zur Türkei geradezu, indem sie alle angeblichen zivilgesellschaftlichen Trägerorganisationen und ihre Ableger in der deutschen Politik mobilisiert - die meisten von ihnen sind türkischer und kurdischer Herkunft. Zumal muss berücksichtigt werden, dass Deutschland die deutschen Bürger türkischer Herkunft nicht schützen kann, da sie täglich mit der Angst vor unerwarteten PKK-Angriffen leben müssen. Keiner der Täter der zunehmenden PKK-Angriffe auf türkische Missionen und Moscheen in Deutschland wurde bislang gefasst. Das schadet dem Vertrauen zwischen der türkischen Gemeinschaft in Deutschland und dem deutschen Staat ernsthaft.

Die PKK zeichnet das Bild einer "gleichberechtigten und demokratischen Organisation" nach außen, indoktriniert aber über ihre zivilgesellschaftlichen Organisationen kurdische Einwanderer in Deutschland mit dem Traum eines "Kurdistan", das mit Waffengewalt und Terrorangriffen durchgesetzt werden soll. Hierarchisch inszeniert aus dem Kandil-Gebirge, suchen diese Organisationen faktisch eine Entfremdung der kurdischen Gruppen von der sozialen Realität, in der sie leben. Da Deutschland bei der Integration von Zuwanderern gescheitert ist, stellt die Situation ein großes Problem für den deutschen Bundesstaat dar. Die in Deutschland geborenen, gebildeten und sozialisierten Jugendlichen werden von der PKK durch Propaganda dieser angeblichen zivilgesellschaftlichen Organisationen radikalisiert. Die PKK verwandelt diese jungen Einwanderer in potenzielle Terroristen, die bereit sind, gemäß von Richtlinien aus dem nordirakischen Kandil tätig zu werden.

Angesichts eines gravierenden Radikalisierungsproblems stellt Deutschland in den letzten Jahren jährlich hunderttausende von Euro für Anti-Radikalisierungsprogramme bereit, die bei dem vorliegenden Problem nur unzureichend Anwendung finden.¹⁴ Die

¹⁴ Isabel Metzger, "Projekt gegen Islamismus vor dem Aus", *Morgenpost*, 2. Januar 2017

PKK ist genauso gefährlich wie die Terrororganisation Islamischer Staat und stellt ein ernsthaftes Sicherheitsrisiko dar, indem sie junge kurdische Einwanderer für Gewalttaten innerhalb und außerhalb des Landes radikalisiert und einsetzt. Tatsächlich zeigen die Daten eines Berichts über politisch motivierte Verbrechen, der 2016 vom Bundeskriminalamt veröffentlicht wurde, dass die Zahl der in diesem Jahr begangenen Verbrechen bei 1.518 liegt. Die meisten dieser Verbrechen unter der Kategorie "politische Verbrechen von Ausländern" werden von der PKK begangen, ergab die polizeiliche Kriminalstatistik.¹⁵

Die PYD, der PKK-Ableger in Syrien, überträgt ihre administrativen und politischen Erfahrungen aus der Kriegsregion nach Deutschland und will sich von einem Verein zu einer zentralen und breiteren Organisation unter dem Namen der neu gegründeten Kulturzentren der Demokratischen Gesellschaft (DTKM) weiter transformieren. Das vertretene Verwaltungsmodell missachtet den Nationalstaat, projiziert einen Staat im Staate in Deutschland und demnach eine Parallelgesellschaft, was als alternatives System gesehen wird. Außerdem ist die Fälschung von Pässen und offiziellen Dokumenten einfacher geworden, nachdem die PYD mehrere Regionen im Norden Syriens erobert hat, was die Infiltration der Gruppenmitglieder nach Europa erleichtert. Das bedeutet eine ernste Gefahr für die Sicherheit Deutschlands und der Länder der Europäischen Union. Es ist auch bekannt, dass die PKK, abgesehen von terroristischen Aktivitäten, den Drogenmarkt in Deutschland weitgehend kontrolliert. In diesem Zusammenhang geht aus einem Bericht über den Kampf gegen Suchtstoffe 2016 hervor, dass im Laufe dieses Jahres in Deutschland 1.333 Menschen am Konsum von Suchtmitteln gestorben sind.¹⁶

Für die Bundesregierung, die jedes Jahr Milliarden von Euros für den Kampf gegen Drogen ausgibt, ist es entscheidend, den größten Drogenhändler Europas, die PKK, zu bekämpfen.

¹⁵ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2017/04/pks-und-pmk-2016.html>

¹⁶ https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2017/Presse2017/170508_Rauschgiftkriminalitaet.html

PKK-POLITIK VON DEUTSCHLAND

Die Analyse der Transformation der PKK vom ersten Tag ihrer Präsenz in Deutschland in den 1980er Jahren bis heute hilft nachzuvollziehen, welche Etappen die Position der Bundesregierung durchlaufen hat und welche Variablen diese Position in Bezug auf die Gruppe geprägt haben. Die Zahl der PKK-Mitglieder lag nach deutschen Geheimdienstberichten in den ersten Jahren des Bestehens bei nur wenigen hundertern, ist aber aufgrund der Toleranz-Haltung Deutschlands im Laufe der nächsten Jahre auf 14.000 Mitglieder und 40.000 Anhänger dramatisch angestiegen.

Anfänglich schleusten sich die PKK-Kämpfer in türkische Vereinigungen. Durch politische und ideologische Propaganda vermochten sie nur schwerlich, kurdische Einwanderer um einige eigene Vereinigungen zu versammeln. Im Laufe der Zeit gelang es der Gruppe jedoch, über 200 zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter Verbände, Sportzentren, Wohltätigkeitsvereine und Glaubenszentren, als Ergebnis einer freizügigen und konzessiven Politik in Deutschland zu gründen. Diese Institutionen sind einer Dachorganisation untergeordnet. Diese nennt sich Nav-Dem. Die Organisationen werden als zivile Institutionen eingeführt, die soziale und kulturelle Aktivitäten für kurdische Einwanderer organisieren. Aber im Wesentlichen ist ihre Priorität, Geld zu sammeln und Kämpfer für die PKK zu rekrutieren. Unter dem Dach dieser Institutionen werden kurdische Kinder und Jugendliche ideologisch ausgebildet und von der PKK bei terroristischen Aktivitäten im In- und Ausland eingesetzt. Die in den deutschen Gerichtsakten erwähnte Struktur des sogenannten Kurdischen Roten Halbmonds fungiert beispielsweise als humanitäre Hilfsorganisation für die PKK. Außerdem sammelt sie Geld für die Terrororganisation ein. Laut Gerichtsakten werden die Finanzmittel wiederum an angebliche Volksversammlungen der PKK in den südosttürkischen Ortschaften Cizre, Sur und Nusaybin sowie anderen Städten verschickt, um bewaffnete Kämpfe der PKK in der Türkei und Syrien zu unterstützen. Ähnlich verläuft

das Prozedere im Falle der im Norden Syriens aktiven Terrororganisation PYD.¹⁷

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) hat im Jahr 2010 alle Aktivitäten dieser PKK-Einrichtung in Rheinland-Pfalz verboten, weil ein Großteil des in Spendenboxen gesammelten Geldes, auf denen "Hilfe für Kinder in Not" stand, missbraucht wurde, um der PKK oder PYD Finanzmittel zuzuführen.¹⁸

Des Weiteren führte die deutsche Polizei bei einer angeblichen zivilgesellschaftlichen Organisation, die sich "Kurdischer Elternverein" nannte, Razzien durch. Dabei beschlagnahmte sie einige Dokumente der PKK. Der Verein unter dem Deckmantel eines Elternvereins in München war in Wirklichkeit ein Sponsor der PKK.¹⁹

Deutschland hat die PKK einerseits als Terror- und Verbrechensorganisation verboten, andererseits aber die Aktivitäten der sogenannten zivilgesellschaftlichen Organisationen ignoriert, die den bewaffneten Kampf der PKK unterstützen. Dies fasst die unentschlossene und widersprüchliche Haltung und Politik Deutschlands gegenüber der PKK zusammen. Eine solche inkonsistente Politik Berlins in Bezug auf die PKK ist eng mit der Dynamik verbunden, von der diese Politik abhängt. Die deutsche PKK-Politik orientiert sich an der inneren Sicherheit des Landes, seinen Beziehungen zur Türkei, den Entwicklungen im Nahen Osten und der Rolle, die diese Terrorgruppe in der Region spielt. Veränderungen und Ungereimtheiten im historischen Kurs der deutschen Politik über die PKK können als Folge dieses multivariablen Verhältnisses gelesen werden.

Deutschland verfolgt eine Politik der Ausgewogenheit zwischen inneren Sicherheitsbelangen und außenpolitischen Prioritäten und steht zuweilen auf der Seite der Türkei und zuweilen auf der Seite der PKK. Diese Politik veranlasst Deutschland zu widersprüch-

lichen Einstellungen und Positionen aus der Notwendigkeit heraus, insgesamt auf verschiedene Faktoren achten zu müssen.

In Zeiten, in denen die PKK davon überzeugt wurde, sich nicht an Gewalttaten zu beteiligen, und in denen auch die Bedrohungen durch innere Gewalt zurückgegangen sind, hat Berlin eine sanfte Haltung eingenommen. Als die Gewalttaten zunahmten und die innere Gewalt als Bedrohung der inneren Sicherheit angesehen wurde, hat Berlin viel strengere Maßnahmen ergriffen.

Andererseits hat Deutschland immer versucht, die PKK-Frage als Trumpf in der Hand zu behalten, um die inneren Angelegenheiten der Türkei zu beeinflussen. So sah die Bundesrepublik keinen Grund zur Sorge bei der Abschiebung von Flüchtlingen in Länder wie Afghanistan durchzuführen, wo geschweige von Menschenrechten nicht einmal eine Sicherheit für das menschliche Leben besteht. Durchaus aber missbrauchte Berlin die in einigen Menschenrechtsfragen gezeigte Schwäche der Türkei als Vorwand, um die Auslieferung von Terroristen, die in Deutschland gefangen genommen wurden, abzulehnen. Dies ist nach wie vor ein Spannungsfeld zwischen den beiden Ländern.

Unter diesem Eindruck übersieht Deutschland blutige Terroranschläge und Gewalttaten der PKK in der Türkei, sogar wenn diese Anschläge ebenfalls deutsche Staatsbürger töten. Berlin bewertet die PKK-Gewalt lediglich als eine Frage der inneren Sicherheit. Allerdings muss Berlin in seiner PKK-Politik immer den Faktor Türkei berücksichtigen, da die Türkei im Kampf gegen die PKK Druck auf Deutschland ausübt und die Türkei davor warnt, dass die Toleranz Deutschlands gegenüber der PKK den bilateralen Beziehungen schadet. Die Entwicklung und die Rolle der PKK im Nahen Osten, der zu den wichtigsten Energielieferanten Europas gehört, sind in jüngster Zeit immer wieder zu einem bestimmenden Faktor für die Sichtweise Deutschlands auf die Organisation geworden. Dabei muss auch da berücksichtigt werden, dass Deutschland unter den größten Energieverbraucherländern der Welt an fünfter Stelle steht.

17 <http://www.heyvasor.com/tr/ji-bo-rojava-banga-lezgin-a-alikariye/>

18 "Sammlung verboten: Kurdischer-Roter-Halbmond im Fokus", *General Anzeiger*, 7. Juni 2010

19 http://www.muenchenversicherunglicht.volkskunde.uni-muenchen.de/reportagen/kurd_innen_und_staat/kurdische_organisationen/index.html.

Die deutsche PKK-Politik ändert sich in Abhängigkeit von diesen drei Faktoren und ist voller Widersprüche; diese inkonsistente Position wird nicht nur in der Politik, sondern auch in gerichtlichen Entscheidungen deutlich, obwohl Deutschland oft den Anspruch erhebt, ein starker Rechtsstaat zu sein. Die Zurückhaltung der deutschen Gerichte gegenüber der Bestrafung angeklagter Terroristen und die ideologische, subjektive und rechtswidrige Haltung der Richter bei der Verkündung von Urteilen spiegeln sich in Verfahren gegen die PKK-Mitglieder deutlich wider. Das Oberlandesgericht Hamburg entschied im November 2016 für den PKK-Regionalleiter, der unter seinem Decknamen Besir in den Medien vorgestellt wurde, über eine Haftstrafe von nur einem Jahr und neun Monaten. Der Richter selbst entschied sich jedoch für den Freispruch des Angeklagten, weil er jesidischer Abstammung wäre und weil die PKK in Syrien gegen den "Islamischen Staat" kämpft. Darüber hinaus kritisierte der Richter bei der Bekanntgabe seines Urteils den Staat Türkei und bekundete seinen Respekt für den Kampf der PKK in der Türkei.²⁰

Mit der Option, viele Menschen in Deutschland zu mobilisieren, hat die PKK die Berliner Politik dazu gebracht, sich der Gruppe immer vorsichtiger zu nähern. Deutschland hat zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich auf die Gefahr reagiert, dass die PKK bei ihren Aktivitäten in diesem Land Gewalttaten begeht. Deutschland hat manchmal versucht, die Gruppe unter Kontrolle zu bringen, indem es offizielle Kontakte und geheime Gespräche mit ihr aufgenommen hat, und manchmal hat es die PKK bestraft und unterdrückt, indem es die PKK-Mitglieder, einschließlich hoher Vertreter, abgeschoben hat.

Den Diskurs der PKK zu unterstützen und ein PKK-Befürworter zu werden, ist in Deutschland nicht rechtswidrig, solange es keine feste organische Bindung zur Gruppe, keine Ermutigung zu deren Aktivitäten und keinen Widerstand gegen

das "Vereinsgesetz" gibt. Die Grünen-Partei und die SPD-Koalition haben 2002 das Verbot der PKK-Mitgliedschaft aufgehoben. Im Gegensatz dazu haben CDU-Kreise aufgrund von Angriffen des "Islamischen Staates" und Terrordrohungen in Deutschland begonnen, zunehmend lauter in Erwägung zu ziehen, dass Aussagen zur Symphatisierung mit der PKK und zur intellektuellen Propaganda der Gruppe bestraft werden sollten.

Der einzige konkrete Schritt, den Deutschland kürzlich gegen die PKK unternommen hat, sind die im März 2017 in Kraft getretenen Regelungen zur Ausweitung des Verbots von Symbolen der PKK und ihres Syrien-Ablegers PYD. Doch die Bundesrepublik handelt uneinheitlich und widersprüchlich bei der Umsetzung dieses neuen Verbots. Das entspricht nicht der Nüchternheit des Staates und überschattet die Abschreckungswirkung der Entscheidung. So wurde beispielsweise, obwohl die PYD-Symbole seit März 2017 verboten sind, ein deutscher Staatsbürger in München, Benjamin Russ, der wegen der Verbreitung eines PYD-Symbols auf Facebook angeklagt wurde, am 19. Januar 2018 freigesprochen. Sogar die Medienstelle der Bundeswehr benutzte Fotos mit YPG-Flaggen. Die YPG ist der bewaffnete Arm der PYD.

Unter dem Einfluss der zunehmenden PKK-Angriffe haben die deutschen Sicherheitskräfte offiziell eine härtere Linie gegen die PKK-Aktivitäten und die sogenannten zivilgesellschaftlichen Organisationen dieser Gruppe eingeschlagen. Die Umsetzung ist jedoch problematisch. So hat die deutsche Polizei bei den Newrouz-Feierlichkeiten in Frankfurt im März 2017 nicht auf die Nutzung verbotener Symbole und Flaggen der PKK geachtet, aus Sicherheitsgründen jedoch verboten, dass die Newrouz-Feierlichkeiten am 17. März 2018 in Hannover stattfinden.^{21 22}

Die PKK bedient sich inzwischen enger Verbindungen, die sie mit der Anti-Türkei-Lobby in

20 Bernhardt Sprengel, "Richter kritisiert Türkei in PKK Prozess", *Die Welt*, 25. November 2016

21 "Frankfurt'ta Nevruz Kutlamasi", *DW*, 18. März 2017

22 "Polizei untersagt kurdisches Nevroz Fest", *NDR*, 12. März 2018

Deutschland aufgebaut hat, um ihre Forderungen durchzusetzen und sich im Beisein von Staat und Öffentlichkeit legitimieren zu lassen. Es gibt viele PKK-Mitglieder und Unterstützer unter den Vertretern der Linkspartei. Die Linken agieren geradezu wie eine Erweiterung der PKK im Deutschen Bundestag und bringen die Forderungen sowie Aktivitäten der Gruppe im Parlament zu Wort. Tatsächlich wurde die Hamburger Linken-Abgeordnete Cansu Özdemir von der Hamburger Staatsanwaltschaft angeklagt, weil sie ein Foto mit einer PKK-Flagge geteilt hat. Als Reaktion auf diese Untersuchung sagte Özdemir in ihrer Erklärung: "Ich glaube, das PKK-Verbot ist falsch und eine heuchlerische Politik. Ich sehe die PYD, die YPJ und die YPG nicht als terroristische Organisationen, noch sehe ich die PKK als eine."²³ Wenn man bedenkt, dass Özdemir bei einer früheren Untersuchung in einem gleichen Fall freigesprochen wurde, bleibt fraglich, ob diese Untersuchung Früchte tragen wird.

FAZIT

Die PKK behauptet, dass sie die einzige Stimme aller Kurden sei, um die deutsche Öffentlichkeit und Politik strategisch zu beeinflussen und als repräsentativ anerkannt zu werden. Mit diesem Anspruch will die PKK eine legitime Macht werden und strebt die Anerkennung der in Deutschland lebenden kurdischen Diaspora und der überwiegend von Kurden bevölkerten Regionen im Nahen Osten an, deren strategische Bedeutung allmählich zunimmt. Die PKK stellt dabei die Probleme kurdischer Einwanderer in Deutschland nie in Frage. Vielmehr stellt die Gruppe Handlungsstrategien und ihre Forderungen an die deutsche Bundespolitik in Einklang mit den eigenen politischen und militärischen Zielen. Auf diese Weise versucht die PKK, die deutschen Behörden dazu zu bringen, sie zu besänftigen.

Die PKK organisiert Angriffe in Deutschland, wenn sie politische Forderungen stellen möchte. Die Intensität dieser Angriffe nimmt je nach Verlauf der be-

waffneten Angriffe im Nahen Osten und in der Türkei ab oder zu. Die PKK greift zur Gewalt, um Deutschland zu manipulieren und Druck auf die Türkei auszuüben. Hervorzuheben ist, dass Deutschland die PKK im Laufe der Jahre als Trumpfkarte ansieht. Kompromisse, die Deutschland angesichts der Gewaltdrohungen der PKK im Inland gemacht hat, erwecken bei der PKK den Eindruck, dass Gewalt ein legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu sein scheint.

Die anti-türkische Lobby nutzt die PKK als gefälligen Akteur. Im Gegenzug leistet die Gruppe erhebliche finanzielle Unterstützung für den Krieg gegen die Türkei und unterstützt auch in Form von Humankapital diesen, in dem sie den vom deutschen Staat eröffneten Bewegungsfreiraum nutzt. So ist die PKK sowohl Subjekt als auch Gegenstand der Anti-Türkei-Propaganda geworden.

Obwohl Deutschland die PKK als kontrollierbare Organisation einschätzt, gerät die Gruppe durchaus außer Kontrolle, wie in den 1990er Jahren erlebt, und wird zu einer ernsthaften Bedrohung der inneren Sicherheit. Deutschland steht auch heute noch vor dieser Gefahr. Die neue Terror- und Gewaltwelle der PKK auf deutschen Straßen beweist einmal mehr die naive Fehleinschätzung Berlins, wonach die PKK kontrollierbar wäre.

Diesmal sollte sich Berlin jedoch nicht einfach nur mit Verboten, sanften oder brutalen Razzien begnügen, die auch von der Gruppe nicht ernst genommen werden. Stattdessen sollte Berlin eine umfassende und wirksame Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus entwickeln, die einen Kampf gegen die angeblichen zivilgesellschaftlichen Organisationen einschließt, die als verlängerter Arm der PKK fungieren. Wie von mehreren vernünftigen deutschen Politikern geäußert, sollten terroristische Aktionen bereits in der Planungsphase gestoppt werden. Das sollte erfolgen, bevor Menschen ihr Leben verlieren und materieller Schaden entsteht. Dies ist einer der wichtigsten Schritte im Kampf gegen den Terror.

Terror- und Gewaltpropaganda zu betreiben und Terrorakte zu loben, sollte ebenso kriminalisiert wer-

²³ <https://twitter.com/CansuOezdemir/status/972175177877516289>

den wie die Tat selbst. An dieser Stelle ist das Verbot der Aktivitäten der angeblichen zivilgesellschaftlichen Organisationen von entscheidender Bedeutung. Deren organische Bindung an die PKK ist bereits in den deutschen Geheimdienstberichten festgehalten. Diese zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Nav-Dem rufen zu Terror und Gewalt auf. Sie unterstützen damit Terror und Gewalt. Deutschland sollte verstehen, dass eine terroristische Organisation, die nicht zögert, tausende von Menschen für ihre eigenen politischen Ziele zu töten, keine zivilgesellschaftlichen Strukturen unter ihrem Dach haben kann, so wie die terroristische Organisation RAF keine haben kann.

Die Bundesrepublik Deutschland sollte verhindern, dass die PKK die Agenda und die Scharmützel des Nahen Ostens über ihre vermeintlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf die deutschen Straßen trägt. Deutschland marginalisiert einerseits Vereine und Stiftungen, die Millionen von türkischen und kurdischen Einwanderer vertreten, übersieht aber die PKK, die damit droht, Menschen aus allen Lebensbereichen zu ermorden. Die Haltung Deutschlands birgt Risiken in Hinblick auf das innere Gleichgewicht der Gesellschaft. Die Unfähigkeit Berlins, das Leben türkischer Einwanderer zu schützen, führt dazu, dass sie das Vertrauen in die Bundesrepublik Deutschland verlieren, da es keinen Mechanismus gibt, um kurdische und türkischstämmige Einwanderer in Deutschland vor dem Druck und der Gewalt der PKK zu schützen.

Die PKK stellt nicht nur eine Gefahr für die innere Sicherheit Deutschlands dar, sondern verursacht auch hohe Kosten, die die deutsch-türkischen Beziehungen negativ beeinflussen. Die Türkei hat durch ihre Syrien-Operationen "Euphratschild" und "Olivenzweig" gezeigt, dass sie sich nicht nur am Tisch, sondern auch an der Front in einen effektiven Einflussfaktor verwandelt. In Anbetracht der Tatsache, dass diese Operationen fortgesetzt und ausgeweitet werden, bis die Terrorgefahr vollständig ausgerottet ist, wird Deutschland seine Politik der Ausgewogenheit im Kontext der Beziehungen zwi-

schen Türkei, PKK und dem Nahen Ostens zwangsläufig revidieren müssen.

Die Terrororganisation PKK, die Schwierigkeiten hat, mit den Manövern der Türkei Schritt zu halten und diese zu verstehen, wird sich der Tatsache stellen müssen, dass sich die Strategie, Gewalt als Bedrohung einzusetzen, wie es in den 90er Jahren der Fall war, nicht auszahlen wird. Es ist irrational, die PKK immer noch durch die Dynamik der alten Gleichgewichte in einer sich ständig verändernden Balance der internationalen Mächte zu bewerten. Weder Deutschland ist das alte Deutschland, noch ist die Türkei die alte Türkei und die PKK die alte PKK. Deutschland macht durchweg einen großen strategischen Fehler, indem es die Türkei den gleichen Grundsätzen unterordnet und gemäß dieser Grundsätze bewertet wie es gegenüber der PKK der Fall ist.

Berlin sollte die Strategie, "auf zwei Hochzeiten zu tanzen", im Falle der PKK aufgeben und einen ernsthaften und echten Kampf gegen diese Terrorgruppe beginnen. Tatsächlich zwingt die Türkei Deutschland aufgrund ihrer kompromisslosen Haltung gegenüber Terrororganisationen dazu, sich zwischen der Seite der Terrororganisationen und der Zusammenarbeit mit ihrem stärkeren NATO-Partner zu entscheiden. Die inkonsistente Haltung Deutschlands gegenüber der PKK zeigt deutlich, dass sich Deutschland eine starke PKK in der Türkei und im Nahen Osten, aber eine schwache PKK in Deutschland wünscht.

In der Vergangenheit, zu Zeiten der Eskalation, wurde die PKK auf der einen Seite durch Verbote bestraft, auf der anderen Seite hat die Zusammenarbeit mit Führungskadern der PKK Zweifel an einer deutschen Unterstützung von Terroranschlägen in der Türkei aufgeworfen. Aus diesem Grund wird der Verdacht nahegelegt, dass die PKK, solange sie in Deutschland keine Gewaltakte begeht, zumindest indirekt von Berlin für ihren bewaffneten Kampf in der Türkei unterstützt wird.

Die PKK-Politik, die Deutschland bisher verfolgt hat, signalisiert, dass Deutschland entschlossen ist, die PKK als Trumpfkarte gegen die Türkei

einzusetzen, da sich die Gruppe in einer Phase der Machtsuche im destabilisierten Nahen Osten befindet, während die Türkei zeitgleich zur global und regional effektiven Macht aufsteigt. Bevor es jedoch zu spät ist, muss Deutschland die Realitäten und die Kosten der Zusammenarbeit, die die Vereinigten Staaten vor Ort bei der Zusammenarbeit mit dieser Terrorgruppe in Syrien erfahren haben, anerkennen. Deutschland muss sich zwischen seinem

NATO-Partner Türkei und der terroristischen PKK entscheiden. Deutschlands PKK-Politik ist voller Widersprüche und die Politik des Gleichgewichts, in der sich manchmal der geopolitische Mehrwert zugunsten der Türkei und zu anderen Zeiten zugunsten der PKK neigte, gehört der Vergangenheit an. Diese Politik erscheint auch deshalb nicht nachhaltig, da heutzutage ein starker Wind jenseits des Atlantiks aus den USA gen Europa weht.